

Vom Herz der deutschen Industrialisierung zum Kulturartefakt

Das Zechensterben im Ruhrgebiet

JULIA KOPP

Schwarze Fahnen, dumpfe Trommelschläge, hier und da ein Trauerflor. Einer stummen Bergmannskappelle folgend ziehen zig Tausende Bergleute im Oktober 1964 durch die grauen Ruhrgebietsstädte. Dortmund, Bochum, Herne, Recklinghausen – überall das gleiche Bild: In dunklen Sonntagsanzügen tragen die Kumpel vom Pütt ihren resoluten Einspruch gegen das „Zechensterben“ auf die Straße. Den Kontext dieser Proteste bildete die „Kohlenkrise“, die seit 1958 die Bergbaubranche erfasst hatte. Seit Ausbruch der Bergbaukrise waren 37 Schachtanlagen und 131 kleinere Zechen geschlossen worden, deren Niedergang bereits für 203.000 Bergleute den Verlust ihres angestammten Arbeitsplatzes bedeutet hatte. Im Oktober 1964 waren nun im Zuge von „Rationalisierungsmaßnahmen“ weitere 31 Großzechen mit einer Belegschaft von rund 64.000 Mann für eine kommende Stilllegung bei dem 1963 eingerichteten *Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus* angemeldet worden. Galten für den damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und einige Ruhr-Unternehmer diese Stilllegungen als notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen, so stellten sie für die protestierenden Bergleute den „Totenschein für unsere Zechen“¹ dar.

1 Stuckmann, D. Heinz: Wenn die Kohlen nicht mehr stimmen. Das Dilemma der deutschen Energiepolitik, in: Die Zeit, 04.12.1964, URL: <http://www.zeit.de/1964/49/wenn-die-kohlen-nicht-mehr-stimmen> [eingesehen am 03.01.2014].

Die „Schwarzen Fahnen an der Ruhr“², die die Betriebsschließungen der Zechen symbolisierten, standen darüber hinaus für den Beginn eines Strukturwandels, der elementare ökonomische, gesellschaftliche und soziale Umbrüche mit sich brachte. Denn spätestens als in den 1970er Jahren auf die Krise des Ruhrbergbaus diejenige in der Eisen- und Stahlproduktion folgte, zeigten sich darin das kommende Ende des industriellen Zeitalters und der spätere Übergang zur sogenannten Dienstleistungsgesellschaft an.³ Insofern lässt sich diese frühe Phase des Umbruchs durchaus im Kontext globaler Entwicklungen sehen, von denen letztlich die meisten Industriestaaten betroffen waren. Doch die Auswirkungen dieses umfassenden Wandlungsprozesses offenbarten sich im Ruhrgebiet aufgrund seiner nahezu ausschließlich industriewirtschaftlichen Strukturen recht früh und in besonderem Maße. Da diese Region nicht nur das größte Steinkohlegebiet in Westeuropa darstellte,⁴ sondern auch seine politische, soziale und kulturelle Beschaffenheit in spezifischer Weise durch die Montanindustrie bestimmt war, bedeutete der Niedergang von Kohle und Stahl für viele Menschen noch weitaus mehr als den Verlust des sicher geglaubten Arbeitsplatzes.

Der Abschied von den Zechen, die elementarer Bestandteil des kommunalen Selbstverständnisses sowie der individuellen Lebenswelt waren, stellte die Grundlagen und den Status des Arbeitermilieus als selbstverständlichen Bestandteil des Ruhrgebiets infrage. Der Malocher als „soziokultureller Kerntyp“⁵ dieses Milieus verkörperte das „traditionelle Arbeiterbild“⁶ im Ruhrgebiet. Konnte anerkannte Arbeit hier nur körperlich schwere Arbeit sein, prägte diese „Lebensform“, „Umgangs- und Zusammenlebensweisen“ sowie „einen besonderen Lebenszusammenhang“, wie er für das Ruhrgebiet spezifisch war.⁷ Bewusstsein und Habitus des Arbeiters speisten sich aus einer Symbiose von körperlicher Schwerstarbeit und – zwar stark hierarchisierter, aber auch solidarisch organi-

-
- 2 Jungblut, Michael: Schwarze Fahnen an der Ruhr. 100 Millionen Tonnen Kohle sind genug, in: Die Zeit, 25.02.1966, URL: <http://www.zeit.de/1966/09/schwarze-fahnen-an-der-ruhr> [eingesehen am 03.01.2014].
 - 3 Vgl. Nonn, Christoph: Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958-1969, Göttingen 2001, S. 9 ff.
 - 4 Vgl. Spiegelberg, Friedrich: Energiemarkt im Wandel. Zehn Jahre Kohlenkrise an der Ruhr, Baden-Baden 1970, S. 9.
 - 5 Hinrichs, Wolfgang et al.: Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000, S. 13.
 - 6 Ebd.
 - 7 Ebd., S. 14.

sierter – Arbeit, die bislang weit oben auf der Lohnskala angesiedelt war. 1964 sah er einer ungewissen Zukunft entgegen.

DIE KOHLEKRISE

Den Ausgangspunkt des wirtschaftlichen Niedergangs des Steinkohlebergbaus bildeten die Jahre 1957 und 1958, als in den Zechen „Dahlhauser Tiefbau“ in Bochum, „Alter Hellweg“ in Unna sowie „Katharina“ und „Theodor Heinrich“ in Essen am 22. Februar 1958 insgesamt 16.000 Bergleute sogenannte Feierschichten einlegen mussten.⁸ Diese wurden von den Kumpeln als erste „Alarmzeichen“ wahrgenommen – war der Bergbau doch bis dahin eine Branche, die für wirtschaftliche Stabilität und gesicherte Arbeitsplätze stand. Zwar hatte es bereits in den Jahren zuvor schwächere wirtschaftliche Phasen gegeben – so mussten beispielsweise auch 1954 aufgrund schlechter Absatzwerte Feierschichten eingelegt werden –, doch waren diese stets Ausnahmen, die nicht auf eine grundlegende Strukturkrise hinwiesen, wie sie nun Ende der 1950er Jahre anbrechen sollte.⁹

Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, während der Phase des Wiederaufbaus, symbolisierten die hohen Löhne der Bergbaubranche das Versprechen auf eine gesicherte Zukunft, das viele vor allem junge Männer aus verschiedenen Teilen Deutschlands in den Bergbau und die Stahlproduktion an die Ruhr führte, wo sie eine regelrechte „Goldgräberstimmung“¹⁰ erlebten. Denn aufgrund des hohen Bedarfs an Baumaterialien galt gerade die Kohle- und Stahlproduktion während des Wiederaufbaus als „top Renner“¹¹, der eine elementare Grundlage für das als „Wirtschaftswunder“ bezeichnete exponentielle ökonomische Wachstum der 1950er Jahre bildete. Vor diesem Hintergrund kam für viele Bergleute der Einbruch der wirtschaftlichen Stabilität des Bergbaus 1957/58 überraschend. Er wurde als eine Zäsur empfunden, stellten doch die ersten Feierschichten und Lohnkürzungen für viele Bergarbeiter eine Diskreditierung ihrer geleisteten Arbeit und einen Missbrauch ihrer Bemühungen dar – gerade während der ersten

8 Vgl. Goch, Stefan: Von der Kohlekrise zum neuen Ruhrgebiet: Strukturwandel und Strukturpolitik, in: Golombek, Jana/Osses, Dietmar: Schichtwechsel. Von der Kohlekrise zum Strukturwandel, Essen 2011, S. 6-19, hier S. 7.

9 Vgl. Abelshauser, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984, S. 87.

10 Baumeister, Karl: Interview, 14.03.2013, Zeile 32.

11 Ebd., Zeile 36.

Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems. Zumal die Arbeit in den Kohlebergwerken aufgrund des zum Teil schlechten Zustands der Zechen gefährlich und körperlich zehrend gewesen war.¹²

Die Ursachen der Krise des Steinkohlebergbaus waren derweil von Beginn an eng verknüpft mit den strukturellen Umbrüchen auf dem Energiemarkt,¹³ wurden allerdings aufgrund falscher Einschätzungen der energiewirtschaftlichen Marktentwicklungen sowie durch fehlende Konzepte zur langfristigen Stabilisierung der Krise seitens Politik und Zechenunternehmen noch verschärft. Die sinkenden Absatzwerte der Ruhrkohle auf dem Energiemarkt resultierten dabei aus ihrer gesteigerten Expansion bei gleichzeitiger Beseitigung der Import-Zölle für Konkurrenzprodukte, wie US-Kohle und Mineralölprodukte im Zuge der Erhard'schen Energiepolitik. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard vertrat gegenüber den Unternehmen der Bergbauindustrie eine grundsätzlich skeptische Haltung: Für ihn stand schon 1956 fest, dass die zentralisierte Organisation des Kohlenbergbaus hinsichtlich Absatz und Produktion, die ab 1954 durch den Unternehmerverband Ruhrbergbau gelenkt wurde – der somit einer Art Kohle-Kartell entsprach –, strukturelle „marktwirtschaftliche Defizite“¹⁴ hervorrufe, da auf kollektive Planung statt auf die Kräfte des freien Marktes gesetzt werde.¹⁵

Während also die Preise für Kohle aus den Vereinigten Staaten sanken, verursacht durch den rapiden Rückgang der Transportkosten durch die „Lösung“ der Suezkrise, setzten die Ruhr-Unternehmer, unbeeindruckt von dessen Drohungen,¹⁶ 1957 gegen Erhards Willen eine Preiserhöhung der Kohle um 4,70 Mark durch.¹⁷ Eine solche Preiserhöhung hatte bereits ein Jahr zuvor, im Oktober 1956, zu harten Auseinandersetzungen zwischen Erhard und den Ruhr-Unternehmern geführt; der Bundeswirtschaftsminister drohte damit, „aus allen Rohren“ zu schießen, also verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen voranzutreiben, die zum Nachteil der Ruhr-Unternehmer gereichen würden – dazu kam es letztlich nicht.¹⁸ Aber die jeweils gegenläufigen Preisentwicklungen führten dazu, dass der Kauf importierter Kohle schließlich für die Verbraucher günstiger war als der Bezug inländischer Kohle. Ein damit zusammenhängendes, dabei

12 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 110.

13 Vgl. Spiegelberg 1970 (s. Anm. 4), S. 9.

14 Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 80.

15 Vgl. ebd., S. 80.

16 Vgl. ebd., S. 88.

17 Vgl. o.V.: Die elfte Runde, in: Die Zeit, 26.09.1957, URL: <http://www.zeit.de/1957/39/die-elfte-runde> [eingesehen am 03.01.2014].

18 Vgl. Nonn 2001 (s. Anm. 3), S. 59 f.

weitaus gewichtigeres Problem war die zunehmende Durchsetzung des Heiz- und Erdöls als anerkannte Energielieferanten, welche auf grundlegende strukturelle Veränderungen auf dem Energiemarkt hinwies.¹⁹ Denn Mineralöle waren ungleich preisgünstiger als die Erzeugnisse der Kohlenförderung. Die ohnehin schon geringeren Kosten für Heizöl fielen zu Beginn der 1960er Jahre noch einmal drastisch von 142 Mark auf unter sechzig Mark pro Tonne.²⁰ Diesem Druck konnten die Preise der in Deutschland geförderten Kohle nicht standhalten.

Wirkten diese Entwicklungen aufgrund der eigentlich positiven Prognosen für die Ruhrkohle auf dem Energiemarkt zunächst kaum besorgniserregend, waren die Folgen nun umso verheerender. Kaum jemand hatte die Krise in dieser Weise kommen sehen.²¹ Nur die Gewerkschaften zeigten sich hier bereits weit-sichtiger: So warnte Heinrich Gutermuth, damaliger Vorsitzender der *IG Bergbau*, 1958 vor den grundsätzlichen „strukturelle[n] Veränderungen“ des Energiemarktes, während Erhard die Situation als „organische[.] Entwicklungen“ abtat.²² Damit erklärte Erhard nicht nur die kapitalistischen Mechanismen des Marktes als quasi-natürliche Kräfte, sondern sah in der Situation obendrein keinen Anlass, energiepolitische Maßnahmen zu ergreifen.²³

Die Einschätzungen des Energiemarktes sowie die energiewirtschaftlichen Maßnahmen seitens der politischen Akteure, aber auch der Ruhr-Unternehmer stellten sich im Nachhinein als falsch und unangemessen heraus. Auf die Absatzeinbußen, die 1958 insbesondere viele kleinere Zechen erlebten, reagierten die Zechen-Unternehmer im April desselben Jahres mit Feierschichten, um dadurch die Verluste auszugleichen. Zwar konnte die desolote Situation der Zechen noch einmal stabilisiert werden – 1960 erlebte der Kohlebergbau gar einen seiner letzten Höhepunkte –, doch ließ sich die damit einsetzende Kohlekrise langfristig nicht mehr lösen. Die Krise gestaltete dabei auch das Bild des Reviers, indem sie sich im Umfang der Halden niederschlug, auf die liegengebliebene Bestände der Kohleförderung aufgehäuft wurden: Gab es vor 1957 kaum Haldenbestände, mussten 1958 bereits über zwölf Millionen Tonnen aufgehäuft werden, ab 1964 stiegen die Kohleberge, nach einem kurzfristigen Absinken, auf rund 14 Millionen an und blieben bis 1968 relativ konstant auf diesem Niveau.²⁴ In dieser ers-

19 Vgl. Goch 2011 (s. Anm. 8), S. 7.

20 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 89.

21 Vgl. ebd.

22 Ebd. S. 94.

23 Vgl. ebd.

24 Vgl. ebd., Abbildung 7/S. 141.

ten Phase der Krise hatten die Unternehmer an der Ruhr keine weitsichtigen Lösungen parat, geschweige denn dass sie diese realisieren konnten.²⁵

Die zweite Welle der Kohlekrise setzte 1961 ein, als die produzierte Kohle nicht mehr in vollem Umfang abgesetzt werden konnte. Hier machte sich auch der abnehmende Energiebedarf, der durch Fortschritte auf technischer Ebene herbeigeführt worden war, bemerkbar. Nach unterschiedlichen Versuchen der Konsolidierung der Krise, deren Effizienz oftmals auch an der Zersplitterung der Ruhr-Unternehmerschaft scheiterte, kam es infolge energiepolitischer Debatten im Bundestag im September 1963 zur Gründung eines öffentlich-rechtlichen Rationalisierungsverbandes, dem *Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus*.²⁶ Hier zeigte sich das noch immer große Konfliktpotenzial zwischen gewerkschaftlich organisierter Arbeiterschaft und den Bergbau-Unternehmern, auch in politisch-ideologischer Hinsicht. Denn während die IG Bergbau die Organisationsform als Körperschaft des öffentlichen Rechts anstrebte, an der die jeweils betroffenen Arbeitnehmer und Gemeinden beteiligt sein sollten, und damit auch eine grundsätzliche Veränderung der Eigentumsverhältnisse forcierte, setzten die Ruhrunternehmer in Absprache mit der Bundesregierung eine rechtlich verankerte Organisationsform dieses Verbandes als Selbstverwaltungsorgan der Kohlewirtschaft durch.²⁷ Damit konnten die Gewerkschaften faktisch unterlaufen werden, was ihrer bisherigen Rolle und ihrem grundsätzlichen Selbstverständnis vehement widersprach. Anders als die Unternehmerschaft hatte die IG Bergbau den „Ernst der Lage“²⁸ frühzeitig erkannt. Dabei hatte sie sich nicht an wirtschaftswissenschaftlichen Prognosen orientiert, sondern an den „realen Auswirkungen“²⁹ der Kohlekrise. Aufgrund der unmittelbaren Verknüpfung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region mit dem „Schicksal [...] ihrer Mitglieder“ verstand sie sich als „Anwalt des Reviers“.³⁰

Dem Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus, der von vielen Bergleuten verächtlich nur „Totengräberverband“³¹ genannt wurde, mangelte es unterdessen auch weiterhin an einem grundlegenden Konzept zur geordneten Stilllegung. Die Ruhrregion, insbesondere die Arbeitnehmerschaft, sah sich vor allem mit negativen Auswirkungen der Politik des Verbandes konfrontiert: Die Gelder, über die der Verband verfügte und die als Prämien an Zecheninhaber für

25 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 97.

26 Vgl. ebd., S. 106.

27 Vgl. ebd., S. 106.

28 Ebd., S. 98.

29 Ebd.

30 Ebd., S. 101.

31 O.V.: Zechenkrise. Klub der Totengräber, in: Der Spiegel, 09.12.1964.

die Stilllegung unwirtschaftlich gewordener Zechen vergeben wurden, führten zunächst vor allem dazu, dass weiterhin Arbeitsplätze liquidiert wurden.³² Da es keine Auflagen gab, die an die Erlangung der Prämien geknüpft waren, unterlagen die jeweiligen Eigentümer allerdings auch keinem Druck, ihr Zechengelände zeitnah zu veräußern und so zu einer raschen Wiederbelebung wirtschaftlicher Strukturen beizutragen.³³ 1964 kam schließlich der endgültige „Schock“³⁴, als sich weitere 31 Zechen bei dem Rationalisierungsverband zur Stilllegung anmeldeten. Hatte die Arbeiterschaft seit 1958 bereits einen „gewaltigen Aderlaß an Arbeitsplätzen“³⁵ erlebt, standen 1964 nun weitere 64.000 Arbeitsplätze vor dem Aus.

DAS ARBEITERMILIEU IN DER KRISE

„Emotion herrscht überall“³⁶, fasste die *Zeit* 1964 die Stimmung unter den Arbeitern und bei der IG Bergbau und Energie im Ruhrgebiet zusammen. Die Krise im Ruhrbergbau, die nunmehr seit sechs Jahren anhielt, war für die Arbeiterschicht des Reviers in existenzieller Weise spürbar geworden: „60 000 Bergleute wollen wissen, was aus ihnen werden soll. Die restlichen 350 000 Bergleute wollen erfahren, ob ihr Beruf noch eine Zukunft hat.“³⁷ In einer Region, in der jeder zehnte, teilweise sogar jeder dritte männliche Arbeitnehmer durch seine Arbeit unmittelbar von einer der Zechen abhängig war, stellten die angekündigten Zechenstilllegungen verheerende Auswirkungen für Arbeiter und Gemeinden in Aussicht. Daher wurden die vehementen Proteste der Bergleute und der Gewerkschaft oftmals von den Kommunen und Gemeinden unterstützt. So verfasste beispielsweise der Essener Rat am 10. November 1964 eine Protestresolution und verlangte Hilfe vom Staat, um die kommenden drastischen steuerlichen Einbu-

32 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 107.

33 Vgl. ebd.

34 Ebd., S. 108.

35 Ebd.

36 Stuckmann, D. Heinz: Wenn die Kohlen nicht mehr stimmen. Das Dilemma der deutschen Energiepolitik, in: Die Zeit, 04.12.1964, URL: <http://www.zeit.de/1964/49/wenn-die-kohlen-nicht-mehr-stimmen> [eingesehen am 03.01.2014].

37 Ebd.

Ben ausgleichen zu können.³⁸ Von den ursprünglich 23 Essener Zechen bestanden 1965 noch 14, 1968 gerade noch fünf. Viele der seit den 1950er Jahren angeworbenen sogenannten „Gastarbeiter“ fragten auf ihren Protestbannern: „Worum habt ihr uns geholt?“³⁹

Die Proteste zeugten von dem Unverständnis und der Wut der Arbeiterschaft über Zechen-Unternehmer und „die in Bonn“ sowie von Enttäuschungen und Unsicherheiten ob der Zukunft. Glichen die Protestzüge teilweise schweigenden Trauermärschen, bekamen sowohl Vertreter der Politik als auch viele Unternehmer bei Ansprachen an die Zechenbelegschaften regelmäßig die Wut der Bergleute entgegen geschleudert. Ihre Redebeiträge gingen dann in wütenden Rufen und Pfeifkonzerten unter. Neben den Zechenstädten zogen die Bergleute dabei auch durch die Regierungshauptstadt Bonn. „Damit man uns dort nicht die Sonntagsanzüge mit Wasserwerfern bespritzen kann“⁴⁰, tauschten Dortmunder Kumpel die Feiertagsanzüge gegen ihre Grubenklamotten und erzeugten dabei ein eindruckliches Bild. Von Beginn an richteten sich die Proteste sowohl an die Unternehmer als auch an den Staat. Sie forderten die Regierung zum Erhalt der Arbeitsplätze und zur Absicherung der sozialen Lage der Bergarbeiter auf. Denjenigen, die aufgrund von Stilllegungen entlassen würden, müssten gleichwertige Arbeitsplätze bereitgestellt, krisenbedingte Verdienstaufschläge müssten entschädigt werden. Seit 1959 hatten insgesamt sechs Millionen Feierschichten zu Lohnaufschlägen von rund 134 Millionen Mark geführt.⁴¹ Die IG Bergbau forderte außerdem, die Betroffenen einzubeziehen. Die Bergleute zeigten 1964 ihre Bereitschaft, um ihre Position zu kämpfen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden schien. Immer wieder wurden „kleine Siege“, die die Gewerkschaften über die Unternehmer erkämpfen konnten, in Urabstimmungen kritisch bewertet.⁴² Damit setzte die Bergarbeiterschaft „nicht nur die eigene Führung unter Erfolgsdruck, sie machte[.] auch den Bergunternehmern deutlich, dass sie den Arbeitskampf nicht scheute[.]“⁴³.

38 Vgl. Rathaus Essen: „Deckel auf den Pütt“ – Zechensterben begann vor 50 Jahren, URL: http://www.essen.de/de/Rathaus/Aemter/Ordner_41/Stadtarchiv/geschichte/ge-schichte_einsichten_bergbaukrise.html [eingesehen am 03.01.2014].

39 O.V.: Zechenkrise. Klub der Totengräber, in: Der Spiegel, 09.12.1964, URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46176309.html> [eingesehen am 03.01.2014].

40 Ebd.

41 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 112.

42 Vgl. ebd., S. 113.

43 Ebd.

Diese „Kampfbereitschaft“ sowie die ausgeprägte Todesmetaphorik⁴⁴, mit der die Stilllegungen der Zechen bei der Arbeiterschaft, den Kommunen und in lokalen wie überregionalen Medien begleitet wurden, verweisen auf die Bedeutung der Ruhrbergbaukrise, dieses tiefgreifenden Einschnitts, für die Arbeiterschaft. Die Krise brach Ende der 1950er Jahren in einer Situation herein, als viele Arbeiter die „arbeitsame Zeit des Wiederaufbaus“ gerade hinter sich gelassen hatten und „man begann[,] einen bescheidenen Wohlstand zu genießen“.⁴⁵ Die ökonomischen Konsequenzen des Arbeitsplatzverlustes galten oftmals als individuelle „Tragödie“ für die Mitarbeiter und deren Familien. So titelte das *Neue Deutschland* 1964: „Zechensterben nicht gestoppt. Dem Verlust des Arbeitsplatzes folgt der Raub der Wohnung“.⁴⁶ Um massenhaft verheerende Folgen für die soziale Situation derjenigen entlassenen Arbeiter, die keinen alternativen Arbeitsplatz finden konnten, zu verhindern, konnten die Gewerkschaften jedoch verschiedene sozialpolitische Maßnahmen aushandeln.⁴⁷ So wurde etwa die Zahlungsdauer des Arbeitslosengeldes auf 52 Wochen angehoben und damit verdoppelt.⁴⁸ Aufgrund der Etablierung anderer Industriezweige wie zum Beispiel der Automobilindustrie, beispielhaft steht dafür *Opel* in Bochum, konnten viele der betroffenen Arbeiter in den 1960er Jahren erneut eine Arbeit aufnehmen.⁴⁹ Problematisch war allerdings die Lage des alten Bergarbeiters, der häufig keine Möglichkeit hatte, wieder in einem entlohnenden Arbeitsverhältnis unterzukommen.⁵⁰ Insgesamt handelte es sich bei dem Absinken des Reallohns um acht Prozent (zwischen 1958 und 1968) um eine markante Verringerung, bedenkt man, dass das Lohnniveau der Bergarbeiter in Deutschland 1957 rund zwanzig Prozent höher lag als in den übrigen Industriezweigen.⁵¹ Hinzu kommt, dass „die Gegenläufigkeit von ‚Wirtschaftswunder‘ und ‚Bergbaukrise‘ die psychischen Auswirkungen des Niedergangs auf die betroffenen Bergleute“⁵² noch verschärfte.

Schließlich berührte dieser umfassende Wandel neben der materiellen Lebensbasis noch etwas Fundamentales: Wegen der engen Verflechtungen von Ar-

44 Vgl. Nonn 2001 (s. Anm. 3), S. 260 ff.

45 Ebd., S. 16.

46 O.V.: Zechensterben nicht gestoppt. Dem Verlust des Arbeitsplatzes folgt der Raub der Wohnung, in: Neues Deutschland, 02.12.1964, URL: <https://www.nd-archiv.de/artikel/1391099.zechensterben-nicht-gestoppt.html> [eingesehen am 03.01.2013].

47 Vgl. Goch 2011 (s. Anm. 8), S. 7.

48 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 116 f.

49 Vgl. Goch 2011 (s. Anm. 8), S. 10 f.

50 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 116.

51 Vgl. ebd.

52 Ebd., S. 117.

beits- und Lebenswelt – man arbeitete in derselben Zeche, lebte in derselben Wohnsiedlung, betätigte sich vielleicht in den traditionellen Vereinsstrukturen, teilte mit der IG Bergbau eine gemeinsame Arbeitsvertretung und sonntags traf man sich in der Kirche – stellte er die Grundlagen der soziökonomischen und -kulturellen Situation sowie die bekannte Alltags- und Lebenswelt zur Disposition. Zentraler Bestandteil der industriellen Arbeitswelt war körperliche Schwerstarbeit im Akkord unter riskanten Bedingungen – Schätzungen zufolge erlitt ein Bergarbeiter unter Tage bis zu drei Unfälle innerhalb eines Jahres –, die somit als eine männlich konnotierte Arbeit galt.⁵³ Ihr Protagonist war der Malocher, der Kumpel vom Pütt, die Hauptfigur der vielfältigen Narrationen, die bis heute das regionale Selbstverständnis prägen. Die Anerkennung bezogen die Kumpel dabei in elementarer Weise auch aus einem spezifischen „Produzentenstolz“, der, wie Gerhard Hergt 1985 formulierte, in dem „gekonnten Umgang mit dem Widerstand der Dinge“ wurzelte, also aus „Arbeitshandlungen“ rührte, die „die Gewandtheit des ganzen Körpers, Geistesgegenwart und Willenskraft“ erforderten.⁵⁴ Gerade der Bergarbeiter war in eine hervorgehobene Stellung innerhalb der Arbeiterschicht gelangt, die eng mit dem hohen Lohnniveau der Tätigkeit verbunden war. Auch in dieser Hinsicht also erfuhren viele Bergleute im weiteren Verlauf der Kohlekrise einen Bruch, der mit einer sich verändernden gesellschaftlichen Wertschätzung von Arbeit einherging: „Jeder kleine Angestellte ist gleichwertig im Einkommen, aber besser angesehen als einer im blauen Kittel“.⁵⁵

Ebenfalls hervorzuheben ist in diesem Kontext die Rolle der Gewerkschaften, die durch das Montanmitbestimmungsgesetz von 1953 eine einflussreiche Rolle in den Zechen und Betrieben der Schwerindustrie eingenommen hatten. Erfüllten sie in der Nachkriegszeit eine wesentliche Funktion bei dem Aufbau und der Organisation der Arbeit und der Versorgungslage der Belegschaften, waren sie aufgrund ihres Mitspracherechts bei Einstellungen und Entlassungen den Arbeitern ein Sprachrohr, das sich Gehör zu verschaffen wusste. Überdies konnte mittels der „lokalen Macht der Betriebsräte“ der „alte Anspruch auf eine warme, das heißt menschenwürdige Behandlung im Betrieb eingelöst“ werden.⁵⁶ Es war wohl auch diese „unscheinbare, aber sehr unmittelbare Erfahrung“, die einprägsam „das [vielleicht] engste Band zwischen Arbeitern und der damaligen

53 Vgl. Hinrichs et al. 2000 (s. Anm. 5), S. 13 f.

54 Zitiert nach ebd., S. 14.

55 Osterland, Martin: Lebensbilanzen und Lebensperspektiven, in: Kohli, Martin (Hg.): Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt 1978, S. 272–290, hier S. 278.

56 Mooser, Josef: Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a.M. 1984, S. 205.

politischen Programmatik der Mitbestimmung“ bildete.⁵⁷ Diese bestimmte Sicherheit, die also auch darüber entstand, sich in eben dieses bestimmte traditionsreiche Kollektiv einordnen zu können, begann sich 1964 aufzulösen.

Zeigte sich in diesem Sinne mit den Zechenschließungen 1964 das Wirken eines umfassenden Strukturwandels, der die gesamte Montanindustrie bis hin zu der vertrauten Lebenswelt der Arbeiter erfasste, standen viele der Entwicklungen in diesem Jahr noch an ihrem Anfang. In den zehn Jahren der Kohlekrise, die in der beschriebenen Form von 1958 bis 1968 andauerte, schrumpfte die Anzahl der selbständig fördernden Zechen im Ruhrgebiet von 141 auf 61.⁵⁸ Von den 495.847 Beschäftigten im Ruhrbergbau waren 1968 lediglich noch 210.275 Arbeiter übrig.⁵⁹ Die Verstetigung der Zechenschließungen und des Niedergangs des Bergbaus setzte sich in den 1970er Jahren fort. Noch heute lässt sich das Ruhrgebiet nicht ohne seine Zechen denken, doch stehen sie mittlerweile nur noch als kulturelle Artefakte während der Öffnungszeiten neugierigen Besuchern zur Verfügung.

57 Ebd.

58 Vgl. Seidel, Hans-Christoph: Kohlenkrise und Zechenstillegungen im Ruhrgebiet, in: Golombek, Jana/Osses, Dietmar: Schichtwechsel. Von der Kohlekrise zum Strukturwandel, Essen 2011, S. 30-37, hier S. 30.

59 Vgl. ebd.

